
Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus

Rezension von: Colin Crouch,
Das befremdliche Überleben
des Neoliberalismus. Postdemokratie II,
edition suhrkamp SV, Berlin 2011,
247 Seiten, broschiert, € 19,90.

Nach seinem „Renner“ „Postdemokratie“ legte Colin Crouch 2011 eine neuerliche Analyse vor, die dem Neoliberalismus gewidmet ist: diesmal dessen befremdlichem Überleben. Von der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde ihm dafür der Preis für das „Politische Buch“ 2012 verliehen. In der Begründung hieß es u. a.: „Überzeugend arbeitet Crouch heraus, wieso der Neoliberalismus die Finanz- und Wirtschaftskrise so unbeschadet überleben konnte und legt dar, wie die großen transnationalen Konzerne auf staatliches Handeln nachhaltigen Einfluss nehmen und demokratische Entscheidungsfindungen untergraben.“¹

Zu Beginn seines Buches erläutert Crouch seine wichtigsten Thesen, warum der Neoliberalismus trotz Krise *nicht* untergegangen sei: Maßgeblich dafür sei, „daß der real existierende Neoliberalismus bei weitem nicht so sehr auf freie Marktwirtschaft setzt, wie es seine Theorie behauptet. Stattdessen beruht er auf dem politischen Einfluß von Großkonzernen. Da es in den wirtschaftspolitischen Debatten in vielen Ländern allein um die Opposition von Markt und Staat geht, tritt die Existenz dieser dritten Kraft, der großen Konzerne, in den Hintergrund, obwohl sie potenter sind als ihre Kontrahenten und deren Funktionsweisen verän-

dern“ (S. 12). Es gäbe also nicht zwei, sondern drei Kontrahenten: Markt, Staat und Großkonzerne. Crouch argumentiert, „daß eine Debatte, die allein um das Verhältnis von Markt und Staat kreist, die entscheidenden Fragen verfehlt“ (S. 13). Es ginge also nicht um ein „Duell ‚Markt versus Staat‘“, vielmehr um einen „Dreikampf“ zwischen Staat, Markt und Großkonzernen. „Allerdings handelt es sich derzeit eher um ein komfortables Arrangement als um einen Kampf. Das liegt einerseits daran, daß die Konzerne die Vereinigung aller drei Kontrahenten unter ihrer Führung betreiben, zum anderen daran, daß es keine einleuchtende Alternative zu einem solchen Arrangement gibt“ (S. 14). Eine Abschaffung der Großkonzerne sei jedoch weder realisierbar noch wünschenswert. Anstatt dessen plädiert Crouch „für das Eingreifen einer vierten Kraft, nämlich einer engagierten, kampflustigen, vieltimmigen Zivilgesellschaft, die die Nutznießer des neoliberalen Arrangements mit ihren Forderungen unter Druck setzt und ihre Verfehlungen anprangert (S. 14). In diesem Sinne wendet sich Crouchs Buch an all jene – und das seien die meisten –, die weder Macht noch Einfluss hätten, Veränderungen durchzusetzen, sondern „versuchen [müssen], das Beste aus dem zu machen, was sie vorfinden“ (S. 15). Eloquent und mit vielen Beispielen argumentiert Crouch in der Folge seine Thesen.

Der Aufstieg des Neoliberalismus habe Ende der 1970er-Jahre als Folge dessen eingesetzt, dass staatliches Eingreifen in vielen Ländern, insbesondere aber in den USA, in Großbritannien, Frankreich und Italien, hohe Inflation verursacht hätte. Um den Inflationsdruck zu senken, hätten keynesia-

nische Staaten die Ausgaben senken und/oder Steuern erhöhen, dafür jedoch sinkende Sozialausgaben und höhere Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen müssen. Während die Regierungen die ersten dahingehenden Schritte nur zögerlich gesetzt hätten, habe sich ab Mitte der 1970er-Jahre in rasantem Tempo ein Abgang von Konzepten keynesianischer Wirtschaftssteuerung vollzogen: von den Nobelpreisen an Hayek und Friedman (1974 und 1976), über einen Richtungswechsel in der OECD seit den 1970ern hin zur Propagierung von freien Märkten und Forderungen nach einer Privatisierung staatlicher Industrien etc. bis hin zur Aufgabe des Ziels der Vollbeschäftigung durch die britische Labour-Regierung 1976, die Wahl Thatchers 1979 und Reagans 1980. Im Unterschied zu früher wären nun in erster Linie eine umfassende Deregulierung der Wirtschaft, inklusive des Wirtschaftsrechts, und insbesondere des Finanzsektors auf der Tagesordnung gestanden. Diese „Krise des Keynesianismus“, so Crouch, „führte nicht deshalb zu seiner Abschaffung statt zu einer Reform oder Anpassung, weil irgend etwas an seinen Ideen grundsätzlich falsch gewesen wäre, sondern weil die Schicht, deren Interessen er vertrat – die Arbeiterschaft der westlichen Industrieländer –, sich in einem historischen Niedergang befand und ihre gesellschaftliche Macht zu verlieren begann. Im Gegensatz dazu haben die Kräfte, die heute vom Neoliberalismus profitieren – globale Konzerne insbesondere des Finanzsektors –, keineswegs an Einfluß verloren“. Im Gegenteil. „Obwohl die Banken für die Krise 2008/2009 verantwortlich waren, gingen sie aus ihr gestärkt hervor“ (S. 19).

Den marktbeherrschenden Konzer-

nen ist das dritte Kapitel gewidmet, denn diese stellen, so Crouch, neben dem Markt und dem Staat, einen dritten – übermächtigen – Akteur dar. Für die Marktwirtschaft, so Crouch, sei die Verflechtung der Unternehmen mit der Politik immer problematisch, im Falle von Großkonzernen gelte dies umso mehr, denn diese hätten zum einen Monopolstellungen, könnten Märkte beeinflussen und manipulieren (z. B. sich dem „Gesetz“ von Angebot und Nachfrage entziehen, indem sie die Nachfrage etwa mittels Werbung selbst produzieren), und zum anderen seien sie transnational tätig und könnten so einzelne Nationalstaaten gegeneinander ausspielen. Crouch illustriert dies mit eindrucksvollen Beispielen: so etwa die spektakulären Crashes von Enron (hatte zu großen Teilen den Wahlkampf von George W. Bush finanziert) und WorldCom in den 1990er-Jahren, zu denen die Lobbyaktivitäten der Unternehmen wesentlich beigetragen hatten: Sie „überzeugten“ den Kongress, ein Gesetz zu verabschieden, wonach eine mit der Prüfung eines Unternehmen beauftragte Firma das selbe Unternehmen auch beraten dürfe. Oder die Kampagne der amerikanischen Gesundheitsbranche gegen die Gesundheitsreform Barack Obamas: Die Gesundheitsbranche gab dafür 380 Mio. Dollar aus und bewirkte u. a., dass anstatt der geplanten gesetzlichen Krankenversicherung, alle BürgerInnen verpflichtet wurden, eine private Krankenversicherung abzuschließen.

Die Einschätzung Crouchs von der Übermacht der Großkonzerne wird u. a. von einer Schweizer Studie eindrucksvoll bestätigt, die die Netzwerke von 43.000 transnational agierenden Großkonzernen untersuchte: Dem-

nach kontrollieren nur 147 Unternehmen, vorwiegend Banken und Versicherungen – allen voran Barclays, Fidelity Investments, Axa, JP Morgan Chase, UBS, Deutsche Bank, Credit Suisse, Société Générale, Allianz, ING –, mehr als 40% der untersuchten Unternehmen. Nationalstaaten seien dagegen weitgehend machtlos.²

Eine weitere Folge dieser Monopolisierung sei, so Crouch, die Entmündigung von VerbraucherInnen. Den Apologeten des Neoliberalismus ginge es nicht um eine größtmögliche Wahlfreiheit der KonsumentInnen, sondern um die „Konsumentenwohlfa rt“ – und dieser sei dann am besten gedient, wenn der Wohlstand der gesamten Volkswirtschaft wächst. Wie dieser Wohlstand verteilt ist, spielt jedoch keine Rolle.

Laut Crouch erstreckte sich die Dominanz neoliberaler Ideen aber nicht nur auf den Bereich des Marktes, sondern auch auf den der Politik, ablesbar etwa an den weitreichenden Privatisierungen von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen in vielen Ländern, allen voran in Großbritannien. Seit den 1990er-Jahren seien auch linke Parteien dazu übergegangen, neoliberale Lehren zu übernehmen „und zugleich gewisse Ziele der klassischen Mittel-links-Politik wie öffentliche Dienste und Sozialleistungen zu bewahren (...) Diese Entwicklung begann mit Bill Clintons ‚New Democrats‘, griff als ‚New Labour‘ auf Großbritannien über, wurde in Deutschland als ‚Politik der neuen Mitte‘ weniger überzeugend verfolgt und unter dem Sammelbegriff des ‚dritten Wegs‘ mit unterschiedlichem Enthusiasmus von ehemals sozialdemokratischen Parteien im übrigen Westeuropa und anderswo aufgenommen“ (S. 225).

Wenn jedoch unter der Dominanz neoliberalen Denkens die Prinzipien des Marktes nicht nur zum wichtigsten Kriterium für Markthandeln werden, sondern zunehmend auch andere Bereiche, die Institutionen des Staates etc. beherrschen, wird mit dem Argument: „Was soll falsch daran sein, solange es nur Geld bringt?“, jegliche Kritik an der Amoralität des Marktes im Keime erstickt.

Wo also ansetzen, wenn die Politik nicht (mehr) taugt, frägt Crouch. Und antwortet: bei der *Corporate Social Responsibility* und der Zivilgesellschaft. Bei der CSR als möglichem „nützliche(n) Instrument der Kritik von Geschäftspraktiken“ (S. 189). Voraussetzung dafür sei jedoch, dass Druck auf die Unternehmen organisiert, VerbraucherInnen mobilisiert sowie die Folgen von unmoralischem und/oder umweltsch dlichem Geschäftsgebaren öffentlich gemacht würden. Gelingt dies jedoch, „entsteht eine genuin neue politische Arena (...)“. Das politisch aktive Unternehmen wird seinerseits Ziel politischen Handelns (...). So, wie das Unternehmen sowohl am Markt als auch in der Politik tätig ist, operieren auch seine Kritiker über den Markt ebenso wie durch politische Aktionen“ (S. 198). Letztlich führe dies dazu, dass international organisierte Kampagnen gegen Konzerne zu „ersten Keime(n) einer transnationalen Zivilgesellschaft“ (S. 199) werden könnten. Und die Zivilgesellschaft sieht Crouch als vierte Kraft: Der geballten Macht von Großkonzernen, Markt und Staat könne nur die „Macht der Machtlosen“ – ein von Vaclav Havel geprägter Begriff, bezogen auf gesellschaftliche Kräfte jenseits des Parteienstaats in Mittel- und Osteuropa in den 1980er-Jahren – entgegengesetzt werden.

Andere Möglichkeiten gäbe es nicht, denn: „Was die Eliten in Wirtschaft und Politik betrifft, so werden sie alles ihnen Mögliche tun, um den Neoliberalismus im allgemeinen und seine finanzmarktgetriebene Form im besonderen zu erhalten. Dieses System hat ihnen hochgradige Zuwächse an Geld und Macht eingebracht, vor allem im Vergleich zum System der sozialdemokratischen Periode mit seinen auf Umverteilung zielenden Steuern, starken Gewerkschaften und staatlichen Eingriffen in den Markt. Damals haben sie diese Politik toleriert, weil sie ihnen notwendig schien, um neue Konsumentenschichten zu erschließen sowie die Nachfrage anzuregen und um zu verhindern, daß die Arbeiter dem Kommunismus anheimfielen“ (S. 170). Dies sei heute, mangels Alternativen, nicht mehr erforderlich. Darüber hinaus werde das Machtdreieck von Staat, Markt und Großkonzernen zunehmend von letzteren dominiert, die sowohl den Staat wie auch den Markt (und damit auch die VerbraucherInnen) nach ihrem Bilde schaffen, sprich ihrem alles leitenden Interesse nach Gewinnmaximierung. Folglich sei auch „die klassische Alternative ‚Markt oder Staat‘ aus zwei Gründen fadenscheinig. Erstens weil die neoliberale Rechte, wenn sie ‚Markt‘ sagt, in Wahrheit ‚Großkonzern‘ meint. Und zweitens weil der Staat, in dem die Linke so lange ein Gegengewicht zur Macht des Marktes und der Unternehmen sah, heute zumeist auf seiten der Großkonzerne steht, ganz gleich, welche Partei gerade die Regierung stellt“ (S. 203).

Crouchs Argumentation, wonach es außerhalb von CSR und Zivilgesell-

schaft keine Arena für Alternativen gäbe, ist zwar wohl argumentiert, wirft aber dennoch mehr Fragen auf, als sie beantworten kann: So ist das Konzept der *Corporate Social Responsibility* v. a. auch aus Sicht von ArbeitnehmerInneninteressen ambivalent, und dessen Erfolge sind, sowohl zeitlich wie auch bezogen auf den „Output“, relativ eng begrenzt (was auch Crouch nicht bestreitet). Die von Crouch genannten Organisationen der Zivilgesellschaft – Parteien, Kirchen, Bürgerinitiativen, ehrenamtliches Engagement, karitative Organisationen (Gewerkschaften zählt Crouch explizit nicht zur Zivilgesellschaft) – sind keineswegs immer von Politik und Wirtschaft unabhängig und in diese nicht verstrickt (auch dies bestreitet Crouch nicht). Am wesentlichsten scheint mir jedoch, dass eine Re-Regulierung, beispielsweise der Finanzmärkte, von den genannten zivilgesellschaftlichen Akteuren allein wohl kaum zu bewerkstelligen ist.

Dessen ungeachtet: was will frau/man als LeserIn mehr, als offene Fragen, die zu Widerspruch und Nachdenken anregen?

Ursula Filipič

Anmerkungen

- ¹ Zitiert nach: Newsmeldung – Suhrkamp Insel vom 15.2.2012;
http://www.suhrkamp.de/news/colin_crouch_erhaelt_das_politische_buch_-_preis_1809.html.
- ² Siehe dazu den Bericht in der Frankfurter Rundschau vom 24.10.2011;
<http://www.fr-online.de/wirtschaft/maechtige-konzerne-147-unternehmen-kontrollieren-die-welt,1472780,11055250.html>.